

Warum das Gewerbe Nein zur Minder-Initiative sagt

Masslosigkeit bei den Löhnen schadet der Wirtschaft und dem Land. Auch die Bündner Gewerblerinnen und Gewerbler verurteilen die Abzockerei. Trotzdem sagt der Kantonalvorstand Nein zur Minder-Initiative. Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesparlaments ist der richtige Weg.

Mi. Grosse Bevölkerungsteile stören sich masslos an der Abzockerei einiger weniger Manager in Grossunternehmen. Thomas Minder hat mit seiner Initiative zweifellos den Finger auf einen wunden Punkt gelegt. Aber er schießt mit seiner Initiative weit über das Ziel hinaus. Zwar möchte er mit seiner Initiative «nur» den Missbrauch in der Entschädigungspraxis des Managements bekämpfen, doch letztlich schränkt sie Unternehmen und Aktionäre massiv ein. Mit ihren 24 (!) starren Verfassungsbestimmungen geht die Initiative weit über die Vergütungsfrage hinaus. Sie fordert in verschiedensten Bereichen strengste Regeln für Schweizer Unternehmen. Mit diesen bürokratischen Auflagen schadet die Initiative dem Wirtschaftsstandort Schweiz, gefährdet Arbeitsplätze und erhöht die Regulierungskosten.

Praxistauglicher Gegenvorschlag

Das Parlament hat deshalb einen indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesebene zur

Initiative ausgearbeitet. Dieser bekämpft die Abzockerei wirksam, ohne den Unternehmen zu schaden. Der Gegenvorschlag kann sofort in Kraft gesetzt werden. Bei Annahme der Initiative müsste das Parlament erst ein neues Gesetz erarbeiten. Das dauert Jahre (Stichwort: Zweitwohnungsinitiative). Der Gegenvorschlag bietet den Unternehmen mehr Flexibilität, wie sie die Abstimmungen über die Löhne der Geschäftsleitung organisieren wollen. Der Gegenvorschlag verzichtet auf teure Bürokratie, was vor allem für die Pensionskassen wichtig ist. Mit der Initiative müssten sie zu allen Traktanden an allen Generalversammlungen börsenkotierter Firmen, bei denen sie Geld angelegt haben, Position beziehen. Dafür bräuchten die meisten dieser Pensionskassen teure Experten. Der Gegenvorschlag gefährdet den Schweizer Wirtschaftsstandort nicht und schafft trotzdem Remedur gegen die Abzockerei. Der Gegenvorschlag verlangt ein Vergütungsreglement für jede börsenkotierte Firma. Damit können Aktionäre falsche Anreizsysteme für Manager im Vorhinein verhindern.

Attraktiver Wirtschaftsstandort bleiben

Der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments auf Gesetzesstufe nimmt die Anliegen der Initiative auf, ohne die unter-

nehmerische Freiheit einzuschränken. Bei einem NEIN zur Minder-Initiative tritt der Gegenvorschlag automatisch in Kraft. Das ist der richtige Weg, wenn die Schweiz weiterhin für grosse und kleine Unternehmen attraktiv bleiben möchte. Darum sagt der Kantonalvorstand des BGV einstimmig Nein zur Minder-Initiative.

Die Initiative schadet nicht nur den Grossunternehmen, sondern auch den KMU

Obwohl direkt «nur» die rund 300 börsenkotierten Schweizer Unternehmen den Vorschriften von Minder unterstehen, sind auch zahlreiche KMU und insbesondere das lokale Gewerbe von der Initiative betroffen. Zehntausende KMU in der ganzen Schweiz liefern den börsenkotierten Unternehmen tagtäglich Produkte und Dienstleistungen als Zulieferer. Umgekehrt profitieren die KMU vom Know-how und den Beratungsleistungen der Grossunternehmen. Die Initiative setzt diese erfolgreiche Zusammenarbeit unnötig aufs Spiel und gefährdet damit das Erfolgsmodell Schweiz.

« Die Initiative schadet – der Gegenvorschlag ist besser. »



Andreas Wieland
CEO Hamilton AG,
Bonaduz

« Der Gegenvorschlag ist die sinnvolle Antwort auf eine nicht zu endende gedachte Initiative. »



Michel Kern
Mitglied der
Konzernführung
der Würth-Gruppe,
Chur

« Aktionäre wollen Mitsprache, keine Bevormundung! Daher: Nein zur Minder-Initiative. »



Urs Schädler
Präsident Bündner
Gewerbeverband,
Chur

« Der Gegenvorschlag gibt den Aktionären mehr Rechte als die Minder-Initiative. »



Ludwig Locher
Präsident Handelskammer und
Arbeitgeberverband
GR, Domat/Ems

« Aktionäre sollen ihr Unternehmen selber gestalten können und nicht bevormundet werden. »



Ernst Wirsch
Präsident
hotelleriesuisse
Graubünden,
Davos Wolfgang

« Nein zur Initiative – weil der Gegenvorschlag überzeugt! »

www.unternehmerkomitee.ch

Minder-Initiative Nein

